Behindertenbeirat der Stadt Würzburg Wahlperiode 2014 – 2020
4. Sitzung 2018
Ergebnisprotokoll

Ort: Rathaus, Wappensaal, Rückermainstr. 2, 97070 Würzburg
Zeit: 03.12.2018, 18.00 - 20.00 Uhr
Anw.: **Vertreter/innen:**
Kreis der Menschen mit Behinderung:
Frau Gerhard, Frau Grünewald, Herr Hetterich, Frau Kirchner, Herr Marx, Herr Rügamer, Herr Schäfer M.A., Frau Scheuplein, Frau Senf, Herr Wendel;
Angehörigenvertreterin:---
Behinderteneinrichtungen: Herr Schuler;
Freie Wohlfahrtsverbände: Herr Selig i.V. von Frau Stadträtin Trost;
Sozialausschuss: Herr Stadtrat Gerr;
Sozialreferentin: ---
Geschäftsführung: ---
Entsch.: Frau Behr, Frau Dr. Düber, Frau Eckenroth, Frau Gehlen, Frau Stadträtin Koerber-Becker, Frau Stadträtin Lexa, Herr Schöbel, Frau Schröder, Frau Schunk, Frau Stadträtin Trost, Frau Stadträtin Wolfinger;
Gäste: Herr Stadtrat Graf, Frau Stadträtin Kerner, Herr Pfeuffer, Herr Rinke/1. Vorsitzender Seniorenvertretung;
Protokoll: Frau Crescimone, Herr Noe;

I. Begrüßung

Herr Marx eröffnet die Sitzung, begrüßt die Mitglieder des Beirats sowie alle Gäste und entschuldigt die fehlenden Mitglieder. Er heißt Herrn Rinke/1. Vorsitzender der Seniorenvertretung und Frau Derr/Gebärdensprachdolmetscherin herzlich willkommen.
Herr Marx gratuliert Herrn Wendel zur Verleihung des Bürgersozialpreises und in Abwesenheit Frau Dr. Düber zur Wahl in den Bezirkstag.

II. Aussprache zum Protokoll der Sitzung vom 11.09.2018

Das Protokoll wird ohne Beanstandungen angenommen.

III. Erstellung einer neuen Wahlordnung

Herr Schäfer berichtet: Seit Oktober arbeiten die Mitglieder des AK Wahlordnung an der Erstellung einer neuen Wahlordnung. Hiermit soll der Behindertenbeirat in seiner Zusammensetzung gestärkt werden. Dies wurde erreicht durch die Erhöhung der Mitglieder aus dem Kreis der Menschen mit Behinderung von 10 auf 12. Künftig werden somit pro Gruppe immer 2 Vertreter gewählt. Weiterhin soll mit dem neuen Wahlverfahren die Wahl vereinfacht und auch für schwer mobilitätseingeschränkte Menschen mit Behinderung ermöglicht werden. Das wird erreicht, indem zukünftig von einer Wahlveranstaltung abgesehen und in einem sogenannten „Briefwahlverfahren“ gewählt wird.
Herr Schäfer stellt die Zeitschiene des Wahlverfahrens wie folgt vor:
Die Wahl findet immer im Oktober des Jahres, in dem der Stadtrat gewählt wird, statt.
Im Mai erfolgt der Aufruf zur Kandidatur.
Im Juni erfolgt die Aufnahme der Kandidaten mit einer Fristsetzung von 1 Monat, beginnend mit dem 1. Werktag bis zum letzten Werktag des Monats, in Anlehnung an die aktuellen Öffnungszeiten der Beratungsstelle für Menschen mit Behinderung.
Im Zeitraum Juli bis September wird die Wahlbroschüre erstellt. Weiterhin werden die Stimmzettel und Briefumschlage vorbereitet, gedruckt und an die Einrichtungen verschickt. Es erfolgt der Aufruf zum Eintrag ins Wählerverzeichnis bzw. Aufruf zur Wahl.

Im Oktober läuft die Wahl über einen Zeitraum von 1 Monat, beginnend mit dem 1. Werktag des Monats bis zum letzten Werktag des Monats, in Anlehnung an die Öffnungszeiten der Beratungsstelle für Menschen mit Behinderung.
Im Dezember wird die konstituierende Sitzung anberaumt.

Weiterhin erläutert Herr Schäfer die wesentlichen Änderungen in der neuen Wahlordnung, die auch mit Herrn Brennfleck/FA Bürgerbüro Wahlangelegenheiten besprochen wurden.

Der Entwurf der neuen Wahlordnung wird den Mitgliedern per mail zugeschickt.
Die Wahlordnung gilt als beschlossen, wenn bis zum 01.01.2019 keine schriftlichen Einwände bzw. Änderungswünsche in der Geschäftsstelle eingegangen sind.

Herr Selig fragt, wie die Öffentlichkeit über die Wahl informiert wird. Lt. Herrn Schäfer erfolgt dies über die örtliche Presse. Ebenso werden alle Institutionen und Einrichtungen der Behindertenarbeit angeschrieben.

Frau Stadträtin Kerner weist darauf hin, dass die Wahlbroschüre und die Stimmzettel identisch sein müssen, z.B. gleiches Bild der Kandidaten, um eine Wiedererkennung zu gewährleisten. Dies war wohl bei der Landtagswahl nicht der Fall.

Auf die Frage, wie und wann der neue Beirat der Öffentlichkeit vorgestellt wird, erläutert Herr Schäfer, dass dies über die Beratungsstelle in einem Pressebericht mit Bild erfolgt.

IV. Rollstuhlrampen in Würzburger Straßenbahnen

Herr Marx berichtet: In der letzten Sitzung hat uns Herr Lehmann die Untersuchungsergebnisse der Technischen Aufsichtsbehörde vorgestellt. Zur Erinnerung: Eine Längsneigung von max.18% wurde anerkannt, die von uns vorgeschlagene Reduzierung der Bewegungsfläche von 1,20 x 1,20 m wurde abgelehnt. Es wurde auf die Einhaltung der vorgeschriebenen 1,50 x 1,50 m bestanden. Weiterhin wurde uns von Herrn Lehmann mitgeteilt, welche Haltestellen sofort mit der mobilen Rampe genutzt werden können und es wurden 35 Haltestellen aufgeführt, die nach kleineren Umbauarbeiten mit den mobilen Rampen barrierefrei zu nutzen sind. Es hat sich eine Arbeitsgruppe gebildet mit dem Auftrag, für den Umbau dieser 35 Haltestellen eine Prioritätenliste wie folgt zu erstellen:

Es wurden insgesamt 11 Prioritätenlisten verteilt:
4 x betroffene Mitglieder des Behindertenbeirats
3 x Einrichtungen der Behindertenhilfe
1 x 1. Vorsitzender der Seniorenvertretung
1 x Kommunaler Behindertenbeauftragter
1 x Inklusionsbeauftragte
1 x Leitung der Beratungsstelle für Menschen mit Behinderung
Es gab 9 Rückläufer, aus denen die Priorisierung der 3 Umbaustufen hervorgeht:

Heute geht es nur um die Umbaustufe 1. Diese stellt sich wie folgt dar:

Rathaus stadteinwärts	9
Rathaus stadtauswärts	9
Dom stadteinwärts	8
Sanderring Doppelhaltestelle hinten stadteinwärts	8
Wiener Ring stadteinwärts	7
Hauptbahnhof Ost	5
Reuterstraße stadteinwärts	5
Reuterstraße stadtauswärts	5
Sanderring stadtauswärts	5
Talavera stadteinwärts	5

Wiener Ring stadtauswärts	5
Talavera stadtauswärts	4
Ehehaltehaus stadtauswärts	3
Neubaustraße stadtaus/-einwärts	3
Uniklinikum Bereich D	3
Eichendorffstraße stadteinwärts	2
Hartmannstraßestadtaus/-einwärts	2
Berner Straße stadteinwärts	2
Brombergweg stadtaus/-einwärts	1
Neunerplatz stadtauswärts	1
Ulmerhof stadteinwärts	1
Wörthstraße stadtauswärts	1

Wie hier zu erkennen, hat die Haltestelle Rathaus die höchste Dringlichkeit und wurde von allen 9 Mitgliedern der Arbeitsgruppe als dringlichste Haltestelle angesehen. Lt. Herrn Marx ist die Haltestelle Rathaus stadtauswärts schon lange im Gespräch. Hier befindet sich eine Einfahrt für Autos und eine Straßenlaterne, die unter Denkmalschutz steht. 2019 sollen die ersten Haltestellen einsatzfähig sein.
Im Februar 2019 ist eine weitere Sitzung der Arbeitsgruppe mit der WSB anberaumt, bei der auch betroffene Fachbereiche, wie z.B. FB Tiefbau, einbezogen werden.

Herr Wendel gibt zu bedenken, dass für den Umbau vieler Haltestellen auch die Stadt Würzburg Gelder bereitstellen muss. Dies sollte über den Stadtrat beschlossen werden.

Lt. Herrn Stadtrat Gerr muss bei manchen Haltestellen auch der FB Tiefbau eingreifen, so z.B. bei der Haltestelle Sanderring. Hier muss die Verkehrsführung geändert werden und eine Autospur wegfallen. Auch hier muss der Stadtrat mit einbezogen werden.

Lt. Frau Stadträtin Kerner gab es auch einen Antrag der ÖDP bei den Haushaltsberatungen zum barrierefreien Ausbau der Straßenbahnhaltestellen. Dieser wurde abgelehnt, da für die Straßenbahnhaltestellen nicht die Stadt, sondern die WSB zuständig ist. Der Ausbau der Haltestellen wird auf jeden Fall im Auge behalten.

V. Treffen der Kommunalen Behindertenbeauftragen

Herr Schäfer berichtet vom Vorbereitungstreffen des Bundesnetzwerktreffens der Kommunalen Behindertenbeauftragten am 25.09.2018 in Karlsruhe wie folgt: Für das nächste Bundesnetzwerktreffen am 29. und 30.8.2019 in Berlin wurde eine Tagesordnung aufgestellt. Oberthema 2019 ist „10 Jahre Ratifizierung der UN-BRK durch die Bundesrepublik Deutschland“. Was ist für die nächsten 10 Jahre wo und von wem geplant? – keine Rückschau“. Künftige Bundestreffen könnten ggf. mit der Rehab in Karlsruhe verknüpft werden.

Herr Schäfer gibt zu bedenken, dass er der einzige Kommunale Behindertenbeauftragte mit einer Behinderung war, alle anderen waren Sozialarbeiter/-pädagogen. Bei einer Professionalisierung werden Betroffene nicht mit einbezogen. Das widerspricht unserem Grundsatz „Nichts über uns, ohne uns!“.
Lt. Herrn Stadtrat Gerr gibt es in anderen Bundesländern bereits hauptamtliche Behindertenbeauftragte. Das hat Vor- und Nachteile. Beim Ehrenamt ist die Zusammenarbeit bzw. Unterstützung durch die Verwaltung nicht immer gegeben und nicht immer leicht. Bei einer Hauptamtlichkeit kann die Weisungsbefugnis bei Angestellten der Stadtverwaltung ein Problem darstellen. Er kann sich einen hauptamtlichen Behindertenbeauftragten gemeinsam mit einem Behindertenbeirat vorstellen.

VI. Neues aus dem Stadtrat

Frau Stadträtin Kerner berichtet über die Haushaltsberatungen.

Der Antrag für einen barrierefreien Durchgang Am Döle in Heidingsfeld zum Spielplatz (Grönert-Areal) wurde mehrheitlich beschlossen und 15.000,-- € in Aussicht gestellt.

Der Antrag Instandsetzung des barrierefreien Zugangs zum Place de Caen wurde abgelehnt mit der Begründung, dass hierfür noch Gelder da sind. Ein Gespräch mit dem neuen Baureferenten und ein Ortstermin werden im Januar 2019 stattfinden.

Der Antrag, den Etat für den barrierefreien Ausbau der Bushaltestellen zu erhöhen, wurde abgelehnt. Der Behindertenbeirat sollte ein wachsames Auge auf den zügigen weiteren Ausbau haben und auch Anträge nach Priorität stellen.

Herr Stadtrat Gerr ergänzt: Der Antrag, das Pflaster am Mainkai im Bereich des Stadtstrands durch einen Weg am Ufer zu ersetzen, wird auf das nächste Jahr verschoben. 2019 sollte der Behindertenbeirat rechtzeitig bereits im Juli vor den Haushaltsberatungen dazu Stellung nehmen über Referenten und Stadtrat.

Herr Rinke berichtet, dass in der letzten Seniorenbeiratssitzung ein Antrag zum Ausbau der Haltestelle Arndtstraße stadtauswärts gestellt wurde. Hier besteht ein dringender Handlungsbedarf. Er bittet den Behindertenbeirat um Unterstützung. Lt. Herrn Marx bleiben wir am Ball.

Frau Grünewald spricht sich dafür aus, bei den Haltestellen mit dem Ausbau zu beginnen, wo besonders viele Menschen mit Behinderung ein- und aussteigen, wie z.B. Hertzstraße (Blindeninstitut), Eichendorffstraße oder Königsberger Straße. Lt. Herrn Marx wurde dies bei der Priorisierung berücksichtigt.

VII. Sonstiges

Datenschutzerklärungen

Die neue Datenschutzerklärung wurde von den anwesenden Mitgliedern unterschrieben.

Frau Grünewald weist auf die Bürgerbeteiligung bei den Bürgergesprächen, z.B. von Parteien und auf die Lupengespräche in den Stadtteilen hin. Hier können die Bürger ihre Anliegen, z.B. zum sozialen Wohnungsbau, Ampelschaltungen etc. vortragen.

Herr Noe gibt den Termin der Inklusionswochen vom 21.1. – 3.2.2019 bekannt.

Um 19.00 Uhr schließt Herr Marx die Sitzung und lädt die Mitglieder zu einer kleinen Weihnachtsfeier ein. Er bedankt sich bei den Mitgliedern für ihre ehrenamtliche Mitarbeit im vergangenen Jahr. Nur gemeinsam konnten wir 2018 Etliches erledigen bzw. auf den Weg bringen. Sein Dank geht auch an die Beratungsstelle, Frau Dr. Düber und seinen Stellvertreter Herrn Schäfer. Er wünscht Allen eine besinnliche Adventszeit und ein gemütliches Weihnachtsfest und freut sich auf eine weitere aktive Mitarbeit im neuen Jahr.

Würzburg, 11.12.2018
gez.
Jutta Behr
Geschäftsführung Behindertenbeirat